



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2025



Zeitzeugengespräch zu „Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht im Objektiv“

Änderungen beim SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (SED-UnBerG)

Stasi-Wachmann schoss 1984 in Güstrow auf drei Männer

Neue Dokumente zur Auflösung der Stasi online

Die Veranstaltung steht als Video zur Verfügung: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/erinnerung-im-gruenen-band>

Direktorin Dr. Anna Kaminsky hebt die Bedeutung des Förderprogramms hervor: „Die große Stärke des Förderprogramms liegt darin, dass wir vor allem Projekte in ländlichen Regionen fördern konnten. Damit unterstützen

wir das Engagement vieler ehrenamtlich arbeitender Vereine in den Regionen. So rücken auch jene Vorhaben stärker in den Fokus, deren Perspektive oft hinter den Bildern von Menschen auf der Berliner Mauer in den Hintergrund gerät.“ Der Förderschwerpunkt wird wegen des großen Erfolgs auch künftig fortgeführt.

Weitere Informationen zum Förderprogramm „Die Geschichte der deut-

schen Teilung und deren Folgen entlang der innerdeutschen Grenze“ finden Sie hier:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/foerderprogramm-grenzlandmuseen>

Die Liste der von der Bundesstiftung Aufarbeitung 2025 geförderten Projekte finden Sie hier:

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/projektfoerderung2025 

Das Stigma als Damoklesschwert

Unrechtserfahrungen in der DDR und ihre langanhaltenden Folgen

In der Zeit der DDR kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, darunter willkürliche Inhaftierungen, psychische Folter und nicht-strafrechtliche Repressionen wie Überwachung und Diskriminierung (Weißflog et al., 2010). Diese Maßnahmen zielten darauf ab, Personen, die von der sozialistischen Norm abwichen, einzuschüchtern und ihre Persönlichkeit zu zersetzen. Die Auswirkungen trafen häufig auch das soziale Umfeld der Betroffenen, z.B. durch verschiedene Benachteiligungen (Behnke & Fuchs, 1995). Die Folgen dieser Repressionen sind für die Betroffenen auf körperlicher und psychischer Ebene teilweise heute noch spürbar (Weißflog & Brähler, 2015). Eine zentrale Rolle spielte dabei die Stigmatisierung – das „Brandmarken“ dieser Menschen als „anders“, was Vorurteile verstärkte und zu Diskriminierung und gesellschaftlichem Statusverlust führen konnte (Lindenberger, 2005).

Formen der Stigmatisierung: Öffentliches, strukturelles und Selbststigma und ihre Auswirkungen

Stigmatisierung entsteht, wenn Unterschiede zwischen Menschen wahrgenommen und mit negativen Vorurteilen verknüpft werden. Diese Vorurteile können Emotionen wie Angst oder Hass auslösen, soziale Ausgrenzung fördern und Ungleichheiten verstärken (Link & Phelan, 2001). Dies kann für die Betroffenen zu einer erheblichen Belastung führen, die sich negativ auf Stimmung, Gesundheit und Lebensqualität auswirkt. Grundsätzlich wird zwischen drei Hauptformen der Stigmatisierung unterschieden, die sich gegenseitig beeinflussen (Thornicroft et al., 2022). Mit Öffentliche Stigmatisierung sind Verhaltensweisen von Personen oder einer Gruppe gemeint, die andere

Menschen aufgrund eines Merkmals ablehnen oder diskriminieren. Öffentliche Stigmatisierung wird genutzt, um gesellschaftliche Normen zu bewahren, indem Personen ausgegrenzt werden, die davon abweichen (Link & Phelan, 2014). Strukturelle Stigmatisierung entsteht durch gesellschaftliche Strukturen, Gesetze und bürokratische Prozesse (bspw. in Behörden oder Institutionen der Gesundheitsversorgung), die Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften oft unbeabsichtigt benachteiligen (Link & Phelan, 2001). Selbststigmatisierung ist ein Prozess, bei dem Betroffene gesellschaftliche Vorurteile übernehmen und auf sich selbst anwenden (Corrigan & Rao, 2012). Dies führt in vielen Fällen zu Scham, einem geringeren Selbstwert und dem Gefühl von Hilflosigkeit. Die Betroffenen verleugnen oft ihre Herkunft und schweigen über das Erlebte, um weitere Nachteile zu vermeiden.

Systematische Diskriminierung in der DDR: Schuldzuweisung, strukturelle Hürden und die Folgen für Betroffene

Menschen, die Stigmatisierungen erfahren, vermeiden oft Hilfe oder verbergen ihre Situation aus Angst vor weiteren Benachteiligungen (Thornicroft et al., 2022). In der DDR wurden Personen, die nicht dem staatlichen Ideal entsprachen, systematisch diskriminiert, etwa durch Arbeitsplatzzuweisung, Reiseverbote, Bestimmung des Aufenthaltsortes oder Kindesentzug (Lenskij, 2018). Das SED-Regime übte starken Anpassungsdruck auf die Bevölkerung aus und machte Systemabweichler z.B. durch den Asozialen-Paragrafen für ihr Schicksal selbst verantwortlich. Auch heute kämpfen Betroffene von SED-Unrechtserfahrungen mit strukturellen Nachteilen, etwa in der Gesundheitsversorgung, dem Rehabilitationsverfahren oder der Begutachtung. Die komplexen Anforderungen an

Nachweise für erlittenes Unrecht sowie bürokratische Hürden belasten Betroffene zusätzlich. Dazu zählen fehlende oder aus heutiger Sicht kritisch zu bewertenden Informationen in DDR-Akten sowie die mangelnde Anerkennung psychischer Langzeitschäden aufgrund des erlittenen Unrechts. Viele haben die erfahrene Diskriminierung so tief verinnerlicht, dass es ihnen bis heute schwerfällt, offen über ihre Erlebnisse zu sprechen. Dies erschwert nicht nur die Anerkennung des erlittenen Unrechts, sondern beeinflusst auch den Zugang zu Unterstützung, Genesung und Rehabilitation.

(Mehrfach-)Stigmatisierung: Wahrnehmung von Unterschieden, soziale Ausgrenzung und ihre Folgen

Von mehrfacher Stigmatisierung spricht man, wenn eine Person aufgrund von mehreren Merkmalen gleichzeitig stigmatisiert wird (Al-Faham et al., 2019). Dies betrifft beispielsweise einen Mann, der als Ostdeutscher, politisch Verfolgter und aufgrund psychischer Erkrankungen stigmatisiert wird. Die Kombination dieser Identitäten verstärkt die negativen Auswirkungen. Betroffene fühlen sich oft sozial ausgegrenzt und haben Schwierigkeiten, Hilfe zu suchen. Finanzielle Benachteiligungen wie Erwerbsunfähigkeit oder der Bezug von Sozialhilfe können das Stigma weiter verschärfen.

Abschließende Gedanken

Auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt die Stigmatisierung von Betroffenen des SED-Unrechts ein relevantes Thema, das in den letzten Jahren vermehrt wissenschaftlich untersucht wird. Durch die Wiedervereinigung kamen Vorurteile und Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschen hinzu (Faus & Stork, 2019). Unsichtbare Folgen wie soziale Ausgrenzung und wirtschaftliche Nachteile belasten die Betroffenen weiterhin. Um dieser Stigmatisierung entgegenzuwirken, werden Maßnahmen



empfohlen, die z.B. auf Aufklärung, insb. die Weiterbildung relevanter Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Therapeuten, Pfleger) oder persönlichen Kontakt mit Betroffenen setzen (Rüsch, 2021).

Literatur

- Al-Faham, H., Davis, A. M., & Ernst, R. (2019). Intersectionality: From Theory to Practice. *Annual Review of Law and Social Science*, 15(1), 247–265.
- Behnke, K., & Fuchs, J. (1995). Zersetzung der Seele. *Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Staatssicherheit*. Rotbuch.
- Corrigan, P. W., & Rao, D. (2012). On the Self-Stigma of Mental Illness: Stages, Disclosure, and Strategies for Change. *The Canadian Journal of Psychiatry*, 57(8), 464–469.
- Faus, R., & Stork, S. (2019). Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration.
- Lenski, K. (2018). Asozialität in der DDR, Re-Konstruktion und Nachwirkung eines Ausgrenzungsbegriffs. In E. Heitzer, M. Jander, A. Kahane, & P. G. Poutrus (Eds.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR: Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*. Wochenschau Verlag.
- Lindenberger, T. (2005). 'Asoziale Lebensweise'. Herrschaftslegitimation, Sozialdisziplinierung und die Konstruktion eines 'negativen Milieus' in der SED-Diktatur. *Geschichte Und Gesellschaft*, 31(2).
- Link, B. G., & Phelan, J. (2014). Stigma power. *Social Science & Medicine*, 103, 24–32.
- Link, B. G., & Phelan, J. C. (2001). Conceptualizing Stigma. *Annual Review of Sociology*, 27(1), 363–385.
- Rüsch, N. (2021). Das Stigma psychischer Erkrankung: Strategien gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Elsevier.
- Thornicroft, G., Sunkel, C., Alikhon Aliev, A., ... Winkler, P. (2022). *The Lancet Commission on ending stigma and discrimination in mental health*. *The Lancet*, 400(10361), 1438–1480.
- Weißflog, G., Böhm, M., Klinitzke, G., & Brähler, E. (2010). Erhöhte Ängstlichkeit und Depressivität als Spätfolgen bei Menschen nach politischer Inhaftierung in der DDR. *Psychiatrische Praxis*, 37(06), 297–299.
- Weißflog, G., & Brähler, E. (2015). Political Violence in the German Democratic Republic Between 1949 and 1989 and Its Consequences for Mental and Physical Health. In J. Lindert & I. Levav (Eds.), *Violence and Mental Health* (pp. 287–301). Springer.

Wenn Sie mehr über das Projekt und die verschiedenen Studienergebnisse erfahren möchten, besuchen Sie die Verbundwebsite: www.sed-gesundheitsfolgen.de

Autoren: Tobias Schott, Anne Weiß, Philipp Laue, Georg Schomerus., Universitätsklinikum Leipzig, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie 

Info-Aktion für ehemalige DDR-Heimkinder

Seit letztem Jahr informieren die Mitarbeiter der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) ehemalige DDR-Heimkinder schriftlich über ihre verbesserten Rehabilitierungsmöglichkeiten und begleiten die Antragstellungen.

In der DDR haben viele Heimkinder schweres Leid und Unrecht erfahren. Um dieses Leid abzumildern und den Betroffenen etwas Genugtuung und Befriedung zu verschaffen, wurde der Fonds „Heimerziehung in der DDR 1949 -1990“ eingerichtet. Er diente der Aufarbeitung der Heimvergangenheit und der Abmilderung von Folgeschäden durch Sach- und Rentenersatzleistungen. Zuständig für die Arbeit des Fonds im Land Brandenburg war die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder, welche bei der

Aufarbeitungsbeauftragten angesiedelt war.

Im Land Brandenburg haben während der Laufzeit des Fonds zwischen 2012 und 2018 über 4.000 ehemalige Heimkinder Unterstützungsleistungen aus dem Fonds erhalten. Davon waren ca. 1.700 in Spezialheimen der DDR-Jugendhilfe untergebracht, in denen gravierende menschenrechtsverletzende Unterbringungsbedingungen herrschten. Seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2019 besteht für diese Betroffenen ein erleichterter Zugang zur strafrechtlichen Rehabilitierung. Wer zu dieser Gruppe gehört und bisher keinen Antrag auf Rehabilitierung gestellt hat, kann diesen seitdem stellen und hat deutlich verbesserte Chancen auf Rehabilitierung. Auch für noch nicht entschiedene und für bereits abgelehnte Anträge besteht in aller

Regel die Möglichkeit, erneut einen Antrag zu stellen. Die Aufarbeitungsbeauftragte, Dr. Maria Nooke, erklärt dazu: „Es ist wichtig, dass alle, denen die Möglichkeit der Rehabilitierung zusteht, diese auch geltend machen können. Deshalb versuchen wir, die anspruchsberechtigten ehemaligen DDR-Heimkinder zu erreichen, auch diejenigen, die noch gar keinen Kontakt zu uns hatten, um sie entsprechend zu beraten und bei der Antragstellung zu unterstützen.“

Im Anschluss an eine Rehabilitierung können Entschädigungsleistungen wie eine einmalige Kapitalentschädigung für die Dauer der Unterbringung sowie ab einer Unterbringungszeit von 90 Tagen die sogenannte Opferrente in Höhe von zurzeit 330,- EUR monatlich gewährt werden. Die Opferrente wird dabei einkommensabhängig gewährt, wobei Altersren-

Das Stasi-Unterlagen-Archiv in Zahlen

Auch 2024 Zehntausende Anträge auf Stasi-Akten-Einsicht. Seit Beginn der Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs Ende 1990 sind bislang 7.479.111 (Stand: 31.12.2023) Ersuchen und Anträge eingegangen, darunter 3.439.972 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern. Im Jahr 2023 haben 30.696 Bürgerinnen und Bürger einen Antrag zur Akteneinsicht gestellt. Im Archiv stehen über 111 Kilometer Schriftgut für die Recherche zur Verfügung. Davon sind 51 Kilometer bereits von der Stasi archiviert worden und sind personenbezogen zugänglich. Weitere 60 Kilometer wurden 1990 unsortiert in den Büros der Stasi gefunden und sind seither zu derzeit 94 Prozent erschlossen. Beim Stasi-Unterlagen-Archiv arbeiten 1.242 (Stand: 01.01.2022) Beschäftigte an 15 Standorten.

<https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/das-stasi-unterlagen-archiv-in-zahlen/>

<https://www.bz-berlin.de/ticker/auch-2024-zehntausende-antraege-auf-stasi-akten-einsicht>

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben: Im Jahr 2024 spendeten für den Stacheldraht 2.747 Leser und Unterstützer rund 8.300 €. Leider können wir aus Datenschutzgründen die Namen der Spender nicht mehr veröffentlichen. Aktuell erreichen wir ca. 6.000 Leser.

Zitat

Hälfte des Lebens

Mit gelben Birnen hängt
Und voll mit wilden Rosen
Das Land in den See,
Ihr holden Schwäne,
Und trunken von Küssen
Tunkt ihr das Haupt
Ins heilignüchterne Wasser.

Weh mir, wo nehm' ich, wenn
Es Winter ist, die Blumen, und wo
Den Sonnenschein,
Und Schatten der Erde?
Die Mauern steh
Sprachlos und kalt, im Winde
Klirren die Fahnen.

Hälfte des Lebens ist eines der berühmtesten Gedichte von Friedrich Hölderlin. Es erschien zuerst im Jahr 1804 in Friedrich Wilmans Taschenbuch für das Jahr 1805. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/H%C3%A4lfte_des_Lebens

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

9 Ausgaben pro Jahr, Verkaufspreis pro Einzelausgabe 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 1/25: 24. Januar 2025
Redaktionsschluss Ausgabe 2/25: 21. Februar 2025

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

